

Düsseldorf

Gegner des Open-Air-Geländes demonstrieren am 16. Mai



So wie in dieser Animation des Konzertveranstalters könnte das Konzert von Ed Sheeran am 22. Juli in Düsseldorf aussehen. 84.000 Zuschauer werden erwartet.FOTO: FKP Scorpio

Düsseldorf. Anwohner und Baumschutzgruppe fordern die Politik gemeinsam auf, die Vorbereitungen für das Ed-Sheeran-Konzert zu stoppen.

Ein Bündnis aus Anwohnern der Stadtteile Lohausen und Stockum und der Düsseldorfer Baumschutzgruppe will sich am Mittwoch, 16. Mai, auf dem Messeparkplatz P1 versammeln, um gegen die Umwandlung in ein Open-Air-Gelände zu demonstrieren. Die Baumschützer planen zudem, an jeden der 104 Bäume, die gefällt werden sollen, eine Sprechblase anzubringen. So wolle man symbolisch den "vitalen, alten Bäumen eine Stimme geben", heißt es in einer Mitteilung der Baumschutzgruppe.

Dabei will die Baumschutzgruppe auch Zitate aus Liedern des britischen Sängers Ed Sheeran verwenden, der am 22. Juli als erster Künstler auf dem neuen Open-Air-Gelände auftreten soll.

Das Konzert vor 84.000 Zuschauern wurde vom Flughafen Essen/Mülheim nach Düsseldorf verlegt, eine behördliche Genehmigung steht aber noch aus. Seit Wochen wird um den Plan gestritten. Das Gelände soll anschließend dauerhaft für Veranstaltungen verwendet werden.



Für Ed-Sheeran-Konzert werden 60 Bäume versetzt FOTO: dpa, fg gfh

Mit dabei ist der Bürgerverein Lohausen-Stockum, der die Pläne als unzumutbare Belastung für die Anwohner kritisiert. Der Düsseldorfer Norden leide bereits unter Lärm und einem Verkehrskollaps. "Das Recht auf die Unverletzbarkeit unserer Wohnungen soll mit hunderten Dezibel bekämpft werden", so der Vorsitzende Siegfried Küsel.

Bei der Stadt wird derzeit der Bauantrag der städtischen Veranstaltungsgesellschaft D.Live geprüft. Danach muss noch der Stadtrat zustimmen. Bislang deutet sich dort eine Mehrheit an, die Entscheidungsfindung läuft aber noch. Die nördliche Bezirksvertretung 5 hatte sich an die Seite der Anwohner gestellt: Die Fraktionen von CDU und Grünen haben die Bezirksregierung zum Eingreifen aufgefordert.

(arl)